

Wladislaw Hedeler (Hg.):
 Stalinistischer Terror 1934-1941.
 Eine Forschungsbilanz,
 BasisDruck Berlin 2002, 371 S.
 (22 €)

»Wer meint, alles sei gesagt und die linken Utopien könnten bruchlos weitergesponnen werden, irrt. Die Kenntnisse über den Stalinismus oder gar Ansätze seiner historischen Erklärung stehen in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung in der neueren Geschichte«, so einer der Kerngedanken in den Vorbemerkungen des Buches über den stalinistischen Terror 1934-41. Herausgeber Wladislaw Hedeler, einer der international namhaften Kommunismusforscher, stellt in dieser Arbeit die informativsten Beiträge einer im November 2001 in Berlin stattgefundenen internationalen Konferenz vor. Drei Themenkreise dominierten die Debatte. Sie betrafen 1. Umfang und System des stalinistischen Terrors, 2. Funktionsmechanismen und Strukturen des Terrors sowie die Dynamik der Täter-Opfer-Beziehungen und 3. die ins Detail gehende Aufhellung von Schicksalen Betroffener und Betroffenenengruppen.

Der Terror wird als ein nicht nur gegen die KPdSU und gegen die Kommunistische Internationale (KI), sondern auch gegen die Völker der Sowjetunion geführter Krieg charakterisiert. Noch immer anzutreffende Deutungsmuster, wonach der stalinistische Terror aus dem Zusammenhang einer tatsächlichen Bedrohung des aus der russischen Revolution hervorgegangenen Gesellschaftssystems bzw. aus den Klassenkämpfen jener Zeit zu erklären oder gar zu rechtfertigen sei, greifen zu kurz und werden ad absurdum geführt. Russische, ukrainische, österreichische, schweizer und deutsche Forscher nähern sich der Genesis des Unmenschlichen und überaus Verbrecherischen in den zu untersuchenden Herrschaftsmechanismen. Sie schildern ein erschreckendes Szenarium, in dessen Mittelpunkt das Volkskommissariat des Innern (NKWD) und das Politbüro bzw. der Diktator stehen. Dabei untersuchen sie Beziehungsebenen in der Hierarchie von oben bis unten und den Wechsel vom Täter zum Opfer, die Kaderpolitik

während der Massenrepressalien und die Dynamik des Terrors.

Unstrittig sei, daß die Massenrepressionen von zentraler Stelle aus konzipiert, dirigiert und dosiert wurden, wobei höchstens ein Zehntel der 1937/38 hingerichteten Opfer aus der sowjetischen Elite (Schauprozesse) kamen, indessen die große Mehrheit der Erschossenen und in die Zwangsarbeitslager Deportierten Arbeiter und Bauern waren. Deshalb sei es wichtig, diese große Mehrheit der Opfer in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen, zumal diese auch keine Memoiren hinterlassen habe und deren Angehörige heute noch um die Rehabilitierung der Unbeachteten kämpfen.

Ausführlich wird die Verfolgungspraxis gegenüber »westlichen« Volksminoritäten untersucht. Nach Hitlers Machtübernahme sei besonders die deutschsprachige Bevölkerung in eine Art »Geiselaft« genommen worden. So sei der erste aller »operativen Befehle« des NKWD im Juli 1937 gegen die deutschstämmigen Bürger erlassen worden. Die Feindbilder seien permanent erweitert oder präzisiert worden und bezogen sich nicht nur auf Kulaken, so bezeichnete man auch gewöhnliche Bauern, Priester und Gläubige, sondern beliebig auf Bürger, die für die Folgen katastrophaler Wirtschaftsführung verantwortlich gemacht wurden. Für die Verhaftungen, Verurteilung und Ermordung der Beschuldigten habe es vom Politbüro bewilligte Quoten bzw. Planvorgaben gegeben, die um jeden Preis zu erfüllen waren. Zu den Aufsätzen, die besonders informativ das grausame Wesen des Stalinismus aufhellen, zählt u. a. der von Gerd Kaiser: »Katyn, die polnischen Opfer 1939 und 1940«. Dieser belegt akribisch die Fakten der über Jahrzehnte und selbst noch von Gorbatschow verschwiegenen bzw. bestrittenen Verbrechen. In Katyn ermordet wurden 1940 die infolge des Aggressionskrieges der Sowjetunion gegen Polen 1939 gefangenen polnischen Berufs- und Reserveoffiziere, 25 000 Gefangene, die gemäß Beschluß Nr. P13/144 des Politbüros des ZK der KPdSU vom 5. März 1940 zu erschießen waren. Der Befehl sei mit den Unterschriften von Stalin, Woroschilow, Molotow, Mikojan und mit der Zustimmung von Kaganowitsch und dem Staatsoberhaupt Kalinin versehen gewesen. Es wird hervorgehoben, daß es sich hier um ein Staatsverbrechen

im Auftrag des obersten Führungsgremiums der KPdSU handelt. Zwei Tage nach dieser Entscheidung sei der Befehl ergangen, auch die Familienmitglieder, die Frauen, Kinder und weitere Angehörige der Offiziere zu deportieren. 120 000 Familienmitglieder seien davon betroffen gewesen, die nach dem Anschluß der polnischen Ostgebiete an die UdSSR in die Nordbezirke der Kasachischen SSR deportiert wurden. Opfer dieser repressiven Politik gegenüber Polen seien bis 1940 auch »alle politischen Kräfte Polens von der Linken bis zu den Konservativen unterschiedlichster Schattierungen gewesen, soweit sie sich im sowjetischen Einflußbereich befanden«.

Hedeler untersucht am Beispiel des Karagandinskij Sonderlagers (KARLAG) die schweren Haft- und Arbeitsbedingungen der zu Zwangsarbeit verurteilten Menschen sowie das mentale und ideologische Profil der Verwaltung bzw. Lagerkommandanten eines »Besserungsarbeitslagers«. Diese »Lager sollten der Isolierung für die Gesellschaft gefährlicher Rechtsverletzer und ihrer ›Umerziehung durch Gewöhnung an gesellschaftlich nützliche Arbeit‹ dienen.« Die Verwaltung der Lager (ULAG: Uprawlenie Lagerej) sei am 25. April 1930 gebildet und später zur Hauptverwaltung GULag umstrukturiert worden. Der Zusammenhang von Zwangsarbeit und Wirtschaftsplanung bzw. zum 5-Jahres-Plan wird aufgehellert. »Frauen im Gulag. Geschlechtsspezifische Diskriminierungen«, so nennt M. Stark seinen Aufsatz, in dem er den Leidensweg von 91 noch lebenden Frauen untersucht und an deren Lagererfahrungen die besonderen, eigens gegen Frauen erdachten Grausamkeiten, die Verhöhnung der weiblichen Natur aufzeichnet. Haftgründe seien unterschiedlich gewesen. Vorwiegend zwangen die Sippenhaft, religiöse Bindungen oder ganz und gar konstruierte Anklagen unschuldige Menschen in den Gulag. Ein typisches Instrument für fiktive Verurteilungen sei die NKWD-Folter gewesen. Diesem Thema »Terror-Realität und Produktion von Fiktionen« widmet sich R. Müller. »Mit der jeder Ideologie inhärenten Logik des Deduzierens und den erfolterten ›Geständnissen‹ wurden in den NKWD-Konstrukten – seien es Anklageschriften, Urteile, Verhörprotokolle – zirkulär jene fiktiven Feindbilder des

Stalinismus bestätigt, die ihre imaginäre Existenz den verschwörungstheoretisch ›begründeten‹ Annahmen der scheinsozialistischen Welt-Anschauung, den Beschlüssen des Politbüros und den Direktiven des NKWD verdankten. Die Technologie der zwischen Opfer und Täter abzustimmenden ›Koproduktion‹ von Protokollen« seien im »Verhör sowohl den nach amtlich vorgegebenen Feindbildern (z. B. rechtstrotzkistischer Block) arbeitenden Untersuchungsführern, wie auch den gefolterten oder von Folter bedrohten Häftlingen« bewußt gewesen. Mit zahlreichen Beispielen wird verdeutlicht, daß die damals üblichen fiktiven »Geständnisse« stets ein Feinbild implizierten. Ähnlich wie in Religionen Gott nicht ohne den Teufel denkbar ist, so wurde das kommunistische Selbstbewußtsein aus Feindbildern abgeleitet.

Namen Betroffener wie Herbert Wehner, Hugo und Werner Eberlein wecken die Aufmerksamkeit des Lesers ebenso wie Hinweise auf das bewußte Involviertsein von G. Dimitroff, W. Pieck und W. Ulbricht im NKWD-Verfolgungssystem. Wie Peter Erler in seinem Aufsatz thematisiert, waren bis 1938 bereits über 70 Prozent der KPD-Mitglieder in der Sowjetunion im Gewahrsam des NKWD, wobei viele von ihnen, darunter auch 4 KPD-Politbüromitglieder, mit fiktiven Beschuldigungen erschossen wurden. Viele Politemigranten wurden infolge des Hitler-Stalin-Paktes an die deutsche Gestapo übergeben. Der hier skizzierte Leidensweg unzähliger aufrichtiger Menschen, die der Vision einer möglichen sozialistischen Gesellschaft treu ergeben waren, durch die Hölle des stalinistischen Parteikommunismus dürfte beim einst in diesem politischen System eingebundenen Leser herausfordernd wirken, selbst gelebte Geschichte kritisch zu überdenken.

Im Kapitel »Deutungsmuster des stalinischen Terrors« schlußfolgert Jens-Fietje Dwars zu Recht: »Schwarzbücher rechnen mit dem Kommunismus ab, als habe es ihn je gegeben (Hervorh. v. Verf.), und die Erben der Geschichte üben sich in permanenter Entschuldigung. Wie soll, wie kann die Linke auf das Fiasko ihrer Bewegung reagieren? Mit Trotz, Trauer, Selbstkasteiung? Muß sie nicht noch einmal durch alle die Irrwege hindurchgehen, den Verrat ergründen, den wirklichen und den

vermeintlichen, um sich frei zu machen für eine andere Haltung im Hier und Jetzt? Die historisch Handelnden auf ihr Selbstverständnis befragen, bevor wir sie an unseren Einsichten messen und verurteilen.«

Die hier vorgestellte Arbeit ist eine sehr akribische, auf bisher kaum bzw. noch unzureichend erschlossenes Quellenmaterial aufbauende und für den an Geschichte der Arbeiterbewegung Interessierten und für Linkssozialisten geradezu unverzichtbare Ergänzung des zuvor von Hedeler und Rosenblum veröffentlichten Buches *1940 – Stalins glückliches Jahr*. Beide Bücher fundamentieren das Wissen um humanistische Gründe für den radikalen Bruch mit dem stalinistischen Parteikommunismus und sie befruchten die Fähigkeit, sozialistische Visionen in die Zukunft zu tragen.

HORST KLEIN

Karl-Heinz Günther:
Rückblick. Nach Tagebuchnotizen
aus den Jahren 1938 bis 1990,
Verlag Peter Lang Frankfurt a. M.
2002., 833 S., 25 Abb. (75 €)

Die Autobiographien ostdeutscher Pädagogen drängen auf den Büchermarkt – zuerst Gerhart Neuner, dann Wolfgang Reischok, Karl-Heinz Günther, Eberhard Mannschatz und schon klingt die Kunde von weiteren Vorhaben. Die Autobiographie zeigt sich als Instrument, Vergangenheit individuell anzueignen; es ist nicht Eitelkeit, welche die Autoren antreibt, sondern die widersprüchliche Vielfältigkeit gesellschaftlicher Entwicklung, die sie erlebt haben und sich wenigstens in der Retrospektive zu eigen machen wollen. Es meldet sich hier eine Generation zu Wort, die durch mehrfache schicksalhafte Ereignisse geprägt worden ist, jene Flakhelfergeneration, die eine neue Gesellschaft realisieren wollte und den Aufstieg der neuen Ordnung mit ihrem eigenen Aufstieg verband. Sie erlebten auf widersprüchliche Weise jene neue Gesellschaft, die sie selbst mithervorgebracht hatten, und sie wurden Zeuge von deren Untergang. Es wird der aufmerksamen Analyse bedürfen, diese Biographien als historische Dokumente zu nutzen.

Aber schon jetzt läßt sich sagen, daß unter diesen Biographien dem Buch von Günther, Bildungshistoriker und von 1970-1989 Vizepräsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, eine besondere Bedeutung zukommt, und schon heute nehmen andere Arbeiten wie zum Beispiel die von Ed Stuler über Margot Honecker vorrangig hierauf Bezug.

In seiner Biographie beschreibt Karl-Heinz Günther mit Hilfe der Tagebuchaufzeichnungen seinen Weg aus einer thüringischen Eisenbahnerfamilie, über die Zeit als Hitlerjunge, unter elitären Vorzeichen Bewerber als Sanitätsoffizier bei der Luftwaffe, Luftwaffenhelfer, Reichsarbeitsdienst, Sanitätssoldat, Kriegsgefangener hin zum Studenten der Pädagogik, der bei hervorragenden Lehrern der Nachkriegsjahre wie Hans Herbert Becker, Hans Ahrbeck oder Walter Markov oder vom Maler Conrad Felixmüller eine fundierte akademische Ausbildung erfährt und zum Wissenschaftler wird, der er bis in die Gegenwart hinein geblieben ist. Was macht diese Biographie so lesenswert und für die Analyse erziehungswissenschaftlichen Denkens so bedeutsam?

Günther erzählt – und viele Passagen erinnern an die biographische Erzähltradition eines Hermann Kant oder Günther de Bruyn – seine Entwicklung und sein Wirken – als ein erfülltes aktives Leben. Der Leser erfährt von einem Menschen, der seine Spielräume ausschöpft und zugleich immer wieder auch ausdehnt. Das ist keine Biographie eines Opfers der Verhältnisse, eines notdürftig sich Anpassenden oder listig Widerstand Leistenden, sondern eines engagierten Akademikers, der sich selbst und seinem Stand in der Wahrheitsuche treu bleiben will. Und es ist dieses Wahrheitsstreben, das ihn auch die Grenzen, die Widerstände vergangener und gegenwärtiger Verhältnisse erkennen läßt. Wissenschaftliches Erkenntnisstreben, gesellschaftliches Engagement und moralische Integrität ließen sich auch im Sozialismus vereinen und bedürfen keines nachträglichen Moralisierens.

Die Biographie vermittelt eine Sicht auf die Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen Wissenschaft und politischer Macht, in denen die Wissenschaft zumindest aus der Perspektive des Wissenschaftlers eine bestimmte

Überlegenheit, zumindest aber Distanz behaupten konnte. Aber er erzählt auch davon, wie ernst der Wissenschaftler genommen wurde, auch wenn er den politischen Funktionalen Ärger bereitete. Die Sorgen der Macht mit den Wissenschaftlern zeugt von deren gesellschaftlicher Bedeutsamkeit und verweist auf die heutige Belanglosigkeit wissenschaftlichen Tuns gegenüber politischen Entscheidungen.

Die Biographie zeigt schließlich auch – und der Rezensent erinnert sich gern vieler intensiver Gespräche –, wie Wissenschaft in einer bestimmten Denkkultur ruht, die man durchaus auch als bildungsbürgerlich fassen kann, die aber in Zeiten des Rufes nach einer neuen Lernkultur unverzichtbar ist.

DIETER KIRCHHÖFER

Jürgen Löwe:
 Kontextuale Theorie
 der Volkswirtschaft,
 G+B Verlag Facultas Amsterdam
 1998, 250 S. (26,80 €)

Während die Arbeitslosenzahlen Monat für Monat steigen, schwindet die Hoffnung auf einen baldigen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere in gleichem Maße, wie die Ratlosigkeit der Politiker zunimmt. Die Weisheit der »Experten« scheint zu versagen oder zumindest nicht auf die gegenwärtige Situation anwendbar zu sein. Diese Entwicklung wird nicht nur von Politikern, sondern zunehmend auch von Ökonomen kritisch gesehen. Haben die WirtschaftswissenschaftlerInnen keine Antworten mehr auf die drängenden Fragen der Wirtschaftspolitik?

Während vor allem nationale Spezifika – die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der *Kontext* – die jeweilige Konjunkturlage eines Landes prägen, werden an den volkswirtschaftlichen Fachbereichen der Universitäten überwiegend *allgemeine* Modelle zur Nutzenmaximierung repräsentativer Individuen im unendlichen Zeithorizont durchgerechnet, die von jedweden nationalen Besonderheiten abstrahieren. Eine Theorie, die die Bedeutung des Kontextes betont, steht daher im Wider-

spruch zur universalen Modellwelt der Volkswirtschaftstheorie, wie sie vorwiegend gelehrt und erforscht wird, und die sich eben durch ihre Allgemeingültigkeit – eine Befreiung vom Kontext – auszeichnet.

Das vorliegende Buch von Jürgen Löwe stellt den Versuch dar, das Werk des Begründers der kontextualen Theorie der Volkswirtschaft, Karl Knies (1821-1898), aus Anlaß seines 100. Todestages zu rekonstruieren und zu aktualisieren (vgl. S. XIII). Zu diesem Zweck charakterisiert der Autor zunächst den heute dominierenden neoklassischen Ansatz in der Ökonomie und grenzt demgegenüber die Knies'sche Theorie ab. Der Autor hat sich denn auch zum Ziel gesetzt, einen Beitrag »zur Aktualisierung der Knies'schen Theorie und zu ihrer Nutzbarmachung im Rahmen der zukünftigen Lösung wirtschaftspolitischer Problemstellungen« (S. 66) zu leisten. So vielversprechend wie der Anspruch nimmt sich auch das Inhaltsverzeichnis aus. In einem Rundumschlag versucht Löwe, die Grabenkämpfe zwischen der Neoklassik, der sogenannten orthodoxen Ökonomie, und den heterodoxen Ansätzen nachzuzeichnen. Außerdem beabsichtigt er, auch auf das Leben und das (nicht nur ökonomische) Werk von Karl Knies und die Kontroverse mit seinen Schülern, deren wohl bekanntester Max Weber war, einzugehen.

Bei dieser Bandbreite von Themen verwundert es nicht, daß die 230 Seiten eine gewisse Beschränkung der Ausführungen verlangen. Löwe konzentriert sich daher hauptsächlich auf die unterschiedliche Methodik. Der reiche Fundus an philosophischen und ökonomischen Ansätzen und historischen Kontroversen über das Verständnis von Knies' Werk wird von Löwe methodisch eingeordnet und jeweils knapp dargestellt. Es ist jedoch schade, daß der Gehalt der Theorien durchgängig nur angerissen wird und Vergleiche und inhaltliche Parallelen mit gegenwärtigen Debatten schlichtweg zu kurz kommen. Denn, obgleich Knies heutzutage wenig bekannt ist, legte er die Grundlage für die verschiedensten heterodoxen Theorieansätze (z. B. für den Postkeynesianismus und die Neo-Ricardianer). Auch könnte die vielfach beanstandete Entfremdung zwischen den Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik, so die Hoffnung

Löwes, durch eine verstärkte Berücksichtigung des Ansatzes von Knies überwunden werden. (vgl. S. 227)

Auch wenn das vorliegende Buch seinem hohen Anspruch aus den genannten Gründen nicht gerecht werden kann, stellt es zumindest eine hervorragende Quellensammlung für die weitere Beschäftigung mit Knies dar, weil sowohl dieser als auch seine Schüler und Kritiker ausführlich zitiert werden und sich ein umfassendes Literaturverzeichnis anschließt. Allerdings hemmt Löwes Neigung zum häufigen Zitieren den Textfluß nicht unwesentlich. So scheint die schon von Schmoller und Weber beanstandete »etwas ungelente Schreibweise« (S. 6) von Knies, die in ihren Augen eine große Popularität seines Werkes behinderte, leider auf Löwe abgefärbt zu haben.

ULRIKE BUSCH

Manfred Hildermeier:
Die Sowjetunion 1917-1991.
 (Oldenbourg Grundriß der
 Geschichte – Hrsg. von Jochen
 Bleicken, Lothar Gall, Herrmann
 Jakobs. Bd. 31),
 R. Oldenbourg Verlag München
 2001, 238 S. (20 €)

Zu den angenehmen Überraschungen auf dem Markt historischer Literatur gehört ein geschichtlicher Abriß der Sowjetunion von 1917 bis 1991 des Göttinger Osteuropa-Historikers Manfred Hildermeier. Jenseits aller ideologischen und moralisierenden Belastungen legt er eine solide gearbeitete, auf dem aktuellen Forschungsstand beruhende Darstellung der nun historisch abgeschlossenen Geschichte einer Groß- und Supermacht vor, die ideal geeignet ist für eine schnelle Orientierung von Studierenden wie Wissenschaftlern, aber auch für die Heranführung an offene Forschungsfragen. Dieses Herangehen entspricht dem Konzept der anspruchsvollen Geschichtsreihe des Oldenbourg-Verlags. In ihren Bänden wird jeweils eine zusammenfassende Darstellung der betreffenden historischen Epoche aus heutiger Sicht geboten, es gibt einen ausführlichen Be-

richt über Stand und Probleme der Forschung sowie schließlich eine ausgewählte, thematisch gegliederte Bibliographie. In diesem Fall sind es fast 1100 Titel, wobei allerdings ein besonderer Schwerpunkt auf die angelsächsische Forschung gelegt wird und zeitgenössische russische Forschung weniger erscheint.

Hildermeier arbeitet seinen Gegenstand im Überblick in acht Perioden ab: Revolution und Bürgerkrieg (1917-1921), Neue Ökonomische Politik (1921-1928), Revolution von oben und Vorkriegsstalinismus (1929-1941), Großer Vaterländischer Krieg und Spätstalinismus (1941-1953), Reform und Stalinismuskritik unter Chruschtschow (1953-1964), Stabilisierung und Stagnation in der Ära Breschnew (1964-1982), Umbau und Untergang (1982-1991), das neue Rußland (ab 1991). Der Vorteil seiner Untersuchung ist neben der Faktenvermittlung – die zwangsläufig durch den Abrißcharakter stark gestrafft ist, nur einige Ereignisse herausgreifen kann und lediglich die zentralen Persönlichkeiten benennt – die weitgehende Zurückhaltung beim Verwenden von ideologischen Totschlagargumenten. Läßt er zwar an der Richtigkeit des Stalinismusbegriffs für die Zeit der Machtausübung des Diktators keinen Zweifel, so werden allein in der Darstellung der Forschungsdiskussion die unterschiedlichen Ansätze sowohl einer totalitarismustheoretischen Erklärung wie einer eher sozialgeschichtlichen, die den »historisch-genetischen Blick« einbezieht, verdeutlicht. Er verweist auf Studien zur »Wirklichkeit des Herrschaftssystems«, die manche festgefügtten theoretischen Deutungen »als quellenfernes Konstrukt« in Frage stellen, wie auf notwendige Unterscheidungen zwischen dem Herangehen Lenins wie Stalins an die Probleme ihres Landes. Dabei wird der verbrecherische Charakter der Stalinschen Diktatur keineswegs bagatellisiert. Es geht ihm aber um die notwendige Einordnung in ihre historischen Voraussetzungen und Bedingungen, welche die Verbrechen nicht beseitigen, aber auch nicht allein zu einem moralischen Problem machen. Genauso nüchtern geht der Autor mit den Diskussionen zu den Opfer-Zahlen um: Er referiert unterschiedliche Positionen, neigt aber doch zu jenen neueren Untersuchungen, die spektakuläre Hochrechnungen vermeiden. Keine Rolle spielt für sein Vorge-

hen ein solch massenwirksames Buch wie das *Schwarzbuch des Kommunismus*. Das sind nicht seine Quellen, auch wenn er durchaus parteiliche Autoren wie Conquest oder Wolkonow berücksichtigt.

Strikt wendet er sich gegen die heute ebenso verbreitete wie verkürzte These von einem zwangsläufigen Zusammenhang von Utopie, Diktatur und Terror. Der Zusammenhang selbst »ist ebenso wenig zu bestreiten wie seine makabere Realisierung unter Stalin. Offen bleibt aber ... die Frage, welchen Erklärungswert man ihm zumessen kann ... Vieles spricht dafür, dass sich die systematische Schlüssigkeit ... in der historischen Nagelprobe auflöst. Stets waren im historischen Fall – wie beim Entschluss zur Zwangskollektivierung oder den Massenverhaftungen 1937 – viele Faktoren im Spiel und viele Zwischenglieder zu bedenken. Es ist sicher legitim, und nötig, Grundmuster von Beziehungsgeflechten freizulegen. Die Frage ist nur, ob eine solche Reduktion noch hinreichend aussagekräftig ist oder zu nichtssagender Allgemeinheit verblasst.« (S. 132)

Eher abgehoben von heute gängigen, allerdings in der Geschichte, der zeitgenössischen politischen Polemik wie der Historiographie immer wieder auftretenden Vereinfachungen geht er beim Aufzeigen von Forschungsproblemen vor. Das betrifft die Diskussionen zu den Ursachen der Revolution von 1917, die er durchaus in der sozialen Situation Rußlands wie in den Folgen des Weltkriegs ausmacht, die Beurteilung des Bürgerkriegs, die Auseinandersetzungen um die NÖP, die Deutungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen und des Kriegsausbruchs 1939/41 oder die Entwicklungs- wie Stagnationszeiten unter Chruschtschow oder Breshnew, schließlich auch die gescheiterte Perestrojka. Bewußt will sich Hildermeier nicht in die Reihe derjenigen einreihen, die die Geschichte der UdSSR aus dem Blickwinkel ihres Scheiterns schreiben. Sie ist eine der »großen politisch-geistigen Kräfte des 20. Jahrhunderts«. »Dabei gilt ..., dass post hoc nicht propter hoc sein darf. Gerade in der Entwicklung der Sowjetunion, die sich aufgrund ihres Anspruchs, eine neue Erscheinung der Weltgeschichte zu sein, auch als Experiment verstand, gab es Weichenstellungen und Alternativen. Beides ist zu bedenken:

neben dem Anspruch und der Wirklichkeit sowohl die Optionen als auch die »Resultate« des tatsächlich eingeschlagenen Weges.« (S. 1)

Es bleibt zu wünschen, daß der Autor die Kraft für eine komplexere Geschichte der Sowjetunion findet, in der er viele hier nur angedeutete Aspekte deutlicher ausführen kann. Allein die weltpolitische Dimension, der Umgang der Supermacht mit ihren Verbündeten wie auch mit der restlichen Umwelt würde ebenso das Bild weiter abrunden können wie eine genauere Untersuchung der weltrevolutionären Ambitionen als Teil eines ideologischen-politischen Zieles wie als Bestandteil der Außenpolitik einer Großmacht.

STEFAN BOLLINGER

Manfred Osten:

»Alles veloziferisch«

oder Goethes Entdeckung

der Langsamkeit, Insel Verlag

Frankfurt am Main und Leipzig

2003, 110 S. (14,90 €)

Auf den Philosophen Ludwig Wittgenstein geht die Maxime zurück: »Der Gruß der Philosophen untereinander sollte sein: Laß Dir Zeit!«. – Er war nicht der einzige, der so dachte, auch Pascal, Hobbes, Lichtenberg und viele andere waren dieser Ansicht, nicht zuletzt auch Goethe. Letzterer hinterließ uns mit dem Begriff »veloziferisch« eine geniale Wortschöpfung, worin die Eile (Velocitas) mit dem Namen des Teufels (Luzifer) verknüpft wird, eine Kombination, wodurch das Tempo und die Ungeduld der Moderne gleichermaßen witzig wie unnatürlich und gefährlich erscheinen.

Es ist die »Beschleunigungskultur« der bürgerlichen Gesellschaft, die Wachstumsdynamik der Wirtschaft und die Rastlosigkeit des modernen Lebens, die »Unterwerfung unter das Diktat der Eile«, der blinde Fortschrittsglaube und das »schnelle Geld«, wodurch das Leben entwertet wird und die Welt entleert, wodurch Natur und Kultur ruiniert werden und die Gesellschaft letztlich entzivilisiert. Die vor 250 Jahren mit der kapitalistischen

Entwicklung einsetzende allgemeine Beschleunigung, die »Tendenz der Übereilung«, die bald in allen Bereichen des Lebens und keineswegs nur im Arbeitsprozeß auszumachen ist, das »Veloziferische«, ist nach Goethe ein Grundübel der modernen Gesellschaft. Er stellt ihr deshalb eine Gegenstrategie gegenüber: »die Entschleunigung der Zeit«. Wesentliches dazu findet sich im »Faust«, im »West-östlichen Divan« und in den »Wahlverwandschaften«. Diesen Quellen nachzuspüren, auf der Suche nach einem anderen Lebensgefühl, einem anderen Umgang mit der Zeit, ist das Verdienst des Autors dieses Buches. Er zeigt uns, warum es Goethe zum Beispiel vermied, Berlin zu besuchen, das »neue Babylon«, und warum der Dichter in der fernöstlichen Philosophie und Lebensweise eine große Weisheit erblickte. Seine »Beschleunigungserfahrungen« brachte Goethe mit den Worten zum Ausdruck: »Einer eingepackten Ware gleich schießt der Mensch durch die schönsten Landschaften. Länder lernt er keine mehr kennen. Der Duft der Pflaume ist weg.« Merkwürdig, wenn man bedenkt, daß sich diese Erfahrung auf Postkutschen bezieht! Goethe sieht den Irrtum als Folge übereilten Denkens und die Gewalt als Folge übereilten Handelns. Die moderne Rastlosigkeit und Fortschrittsgläubigkeit stellt für ihn eine Gefahr für die Zivilisation dar. Nietzsche kleidete Goethes Befürchtungen diesbezüglich später in Worte: »Aus Mangel an Ruhe läuft unsere Zivilisation in eine neue Barbarei aus. Zu keiner Zeit haben die Tätigen, das heißt die Ruhelosen, mehr gegolten. Es gehört deshalb zu den notwendigen Korrekturen, welche man am Charakter der Menschheit vornehmen muß, das beschauliche Moment in großem Maße zu verstärken.«

Manfred Osten verbindet den Gedanken der Entschleunigung der Zeit mit Überlegungen zu Problemen der Gegenwart. Die Verweigerung gegenüber dem Veloziferischen wird dabei zu einer Grundvoraussetzung, um überhaupt zu leben – und nicht gelebt zu werden –, das heißt, im Strudel entgrenzter Verwertung und beschleunigter Raserei unterzugehen, sich gleichermaßen zu Tode zu arbeiten wie zu amüsieren. Ein schönes Buch, auch durch die Illustrationen von Max Beckmann, von einem Liebhaber für Liebhaber geschrieben. Es

bleibt zu hoffen, daß sich viele Leser finden, um mit Goethe ihr Leben zu verändern, es weniger veloziferisch und selbstzerstörerisch zu gestalten, dafür aber langsamer und wohl auch reicher.

ULRICH BUSCH

Martin Hebler:
Arbeitsmarkteffekte der
EU-Osterweiterung. Zur Wirkung
von Integration, Migration und
institutionellem Wandel auf dem
Arbeitsmarkt (Volkswirtschaft-
liche Schriften, Heft 526),
Duncker & Humblot Berlin 2002,
222 S. (61,80 €)

In knapp einem Jahr, im Mai 2004, wird die Europäische Union (EU) zehn neue Mitglieder bekommen. Bei acht von ihnen handelt es sich um mittelosteuropäische Staaten. Für wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit der Frage beschäftigen, wie dieser Beitritt sich auf die Wirtschaft der neuen, aber auch der alten EU-Länder auswirken wird, besteht beachtliches Interesse. So hat denn auch Martin Heblers wirtschaftswissenschaftliche Dissertation ihren Weg in einen Verlag und in eine traditionsreiche Reihe dieses Verlages gefunden.

Heblers Opus unterscheidet sich von einer Vielzahl von Auftragswerken zur EU-Osterweiterung, in denen man eigentlich immer wieder dasselbe lesen kann: Mit der Erweiterung der EU wird der gemeinsame Markt größer und für deren Bewohner alles besser und speziell Ostdeutschland, das 2004 »vom Rande Europas in die Mitte rückt«, wird davon profitieren. Heblers Erkenntnisse über die zu erwartenden Ergebnisse sind differenzierter und ganz eindeutig auch weniger positiv, verglichen mit den Aussagen in jenen in großer Auflage verbreiteten Pamphleten. So widerspricht Hebler, der bei der Untersuchung der zu erwartenden Mobilität der Beschäftigten andere ökonomische Faktoren wie Waren- und Kapitalmobilität keineswegs außer Betracht läßt, der These, daß sich mit der EU-Ost-

erweiterung in den Beziehungen zu den mittel- und mittelosteuropäischen Ländern (MOEL) wirtschaftlich Wesentliches ändern werde. Er ist sogar der Meinung, daß »die in dieser Studie abgeleiteten positiven Wohlfahrts- und Arbeitsmarkteffekte ... sich überwiegend auch durch eine fortschreitende realwirtschaftliche Integration ohne Beitritt realisieren lassen.« (S. 200). Seitdem Anfang der 90er Jahre die damalige EG und die Transformationsländer ihre Grenzen für Waren öffneten, hätten sich beide Seiten wirtschaftlich aufeinander eingestellt. »Die Handelsintegration hat zum Zeitpunkt des ersten Beitritts (2004 – J. R.) also bereits zum größten Teil stattgefunden ... Was mit dem eigentlichen EU-Beitritt noch fallen wird, das sind die nichttarifären Handelshemmnisse« und (nach einer bis zu siebenjährigen Übergangszeit) die Beschränkungen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften. Mit Hilfe einer »fundierte Spekulation« kommt der Autor dann auch zu dem Ergebnis, »daß es nach Herstellung der Freizügigkeit für die acht MOEL ... nur zu relativ geringer Einwanderung relativ hoch qualifizierter Arbeitnehmer vor allem aus Polen am ehesten nach (West-) Deutschland kommen wird. Diese Immigranten werden jedoch in Deutschland in erster Linie mit gering qualifizierten Arbeitnehmern in Konkurrenz treten. Ihre Migrationsentscheidung dürfte vorerst unter der Perspektive einer mittelfristigen Rückkehr in die Heimat getroffen werden.« (S. 192)

Neben Modellrechnungen und der daraus resultierenden »fundierte Spekulation« bemüht Hebler en passant auch den historischen Vergleich: die »Süderweiterung« der EU Anfang und Mitte der 80er Jahre. Er schreibt: »Eine Überschwemmung der Arbeitsmärkte der EU mit billigen Arbeitskräften aus den Ländern der Südschiene fand auch nach Beendigung der Übergangsphase beschränkter Freizügigkeit nicht statt. Vielmehr setzte bereits nach dem EU-Beitritt im Jahre 1986 eine Rückwanderung von Spaniern und Portugiesen in ihre Heimat ein. Schon damals wurde exemplarisch deutlich, daß ein Lohngefälle für sich genommen nicht in der Lage ist, gravierende und permanente Wanderungsströme auszulösen.« (S. 192) Ähnliches erwartet Hebler nach 2004 bzw. nach dem Aufheben der Übergangsregelungen für das volkreichste Land Mittelosteu-

ropas, für Polen. Dies aber ist der Punkt, wo Fragen an den Autor jenseits aller Modellrechnungen erlaubt sein müssen: Hebler ignoriert völlig die Unterschiede im Produktivitätsgefälle bei der EU-Süd- und im Falle der EU-Osterweiterung, die zuungunsten der mittelosteuropäischen Staaten geht. Der Autor ignoriert auch, daß das Niveau des Wirtschaftswachstums in den 80er Jahren in Europa generell bedeutend höher lag als im gegenwärtigen Jahrzehnt. Er ignoriert schließlich das Beispiel DDR. Zur »ersten EU-Osterweiterung« kam es am 3. 10. 1990, von den Ostdeutschen, die mit dem Anschluß ihres Staates an die Bundesrepublik beschäftigt waren, zunächst kaum wahrgenommen. Das von Hebler zeitlich begrenzte Phänomen einer Ost-West-Wanderung und einer mittelfristig einsetzenden Rückwanderung hat es tatsächlich für die Ex-DDR gegeben. Mitte der 90er Jahre hatten sich die Ost-West und die West-Ost-Migrationsströme zwischen den neuen und alten Ländern fast ausgeglichen. Danach aber setzte erneut eine Auswanderungswelle aus Ostdeutschland ein. Es gibt bis heute keinerlei Anzeichen, daß sie eines Tages durch eine West-Ost-Migration kompensiert werden kann. Ursache ist das zu niedrige Wirtschaftswachstum des peripheren Ostdeutschland und die daraus resultierende, sich auf hohem Niveau verständigende Arbeitslosigkeit. Wer kann garantieren, daß das, was in der Ex-DDR geschah, nicht auch mit den MOEL passiert? Warum überhaupt, so fragt man sich, hat der Autor die erste EU-Osterweiterung als Vergleichsfall ignoriert?

Keine »asymmetrische Schocks und politische Verwerfungen«, von denen der Autor meint, daß sie eventuell seine Migrationsvorhersagen über den Haufen werfen könnten, haben in den letzten zehn Jahren die neuen Länder getroffen. Nur das typische Verhältnis von Zentrum und Peripherie hat sich auf ökonomischem Gebiet durchgesetzt. Sollten die MOEL dem Schicksal Ostdeutschlands wirklich entgehen können? Da bleiben nach der Lektüre von Heblers Buch Zweifel.

JÖRG ROESLER